



Bundesministerium  
der Verteidigung

-1980031-V69-

Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Stefan Liebich  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Thomas Silberhorn**

Parlamentarischer Staatssekretär  
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 2004-22350

FAX +49 (0)30 2004-22380

E-MAIL [BueroSilberhorn@BMVg.Bund.de](mailto:BueroSilberhorn@BMVg.Bund.de)

BETREFF **Fragestunde des Deutschen Bundestages am 18. Dezember 2019;  
Bundestagsdrucksache 19/15930, Frage 31**  
ANLAGE - 1 -  
DATUM Berlin, 18. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Kollege,

beigefügt übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

*„Plant die Bundesregierung einen umgehenden Abzug der Bundeswehr nach dem durch die Washington Post in den "Afghanistan Papers" aufgedeckten Lügen (<https://www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-papers-wie-die-usa-ihre-militaerisches-desaster-schoenredeten-a-1300810.html>, <https://www.washingtonpost.com/graphics/2019/investigations/afghanistan-papers/afghanistan-war-confidential-documents/>) bezüglich des Kriegs in Afghanistan?“*

Die Bundesregierung hat die Berichterstattung zur Kenntnis genommen.

Zum deutschen vernetzten Engagement in Afghanistan gehört neben umfangreicher ziviler Unterstützung auch die Teilnahme der Bundeswehr an der NATO-Ausbildungs- und -Trainingsmission Resolute Support.

Auf dem Weg zu einer Verhandlungslösung zwischen der Afghanischen Regierung und den Taliban bleibt die internationale Truppenpräsenz wichtig.

Nur mit einer tragfähigen politischen Lösung können die Errungenschaften der letzten 18 Jahre bewahrt und hinreichende Stabilität geschaffen werden, damit von Afghanistan für Deutschland, seine Verbündeten und die Region keine terroristische Bedrohung mehr ausgeht.

Deutschland als zweitgrößter Truppensteller in Afghanistan und Rahmennation im Norden ist in besonderer Weise für eine überlegte und strukturierte

Planung mitverantwortlich und beabsichtigt keine unilateralen Veränderungen des deutschen Engagements. Alle unsere Entscheidungen zum Einsatz in Afghanistan werden gemeinsam mit allen Alliierten im NATO-Rahmen getroffen.

Daher bleibt der Einsatz der Bundeswehr gemäß dem vom Bundestag erteilten Mandat bis auf Weiteres unverändert.